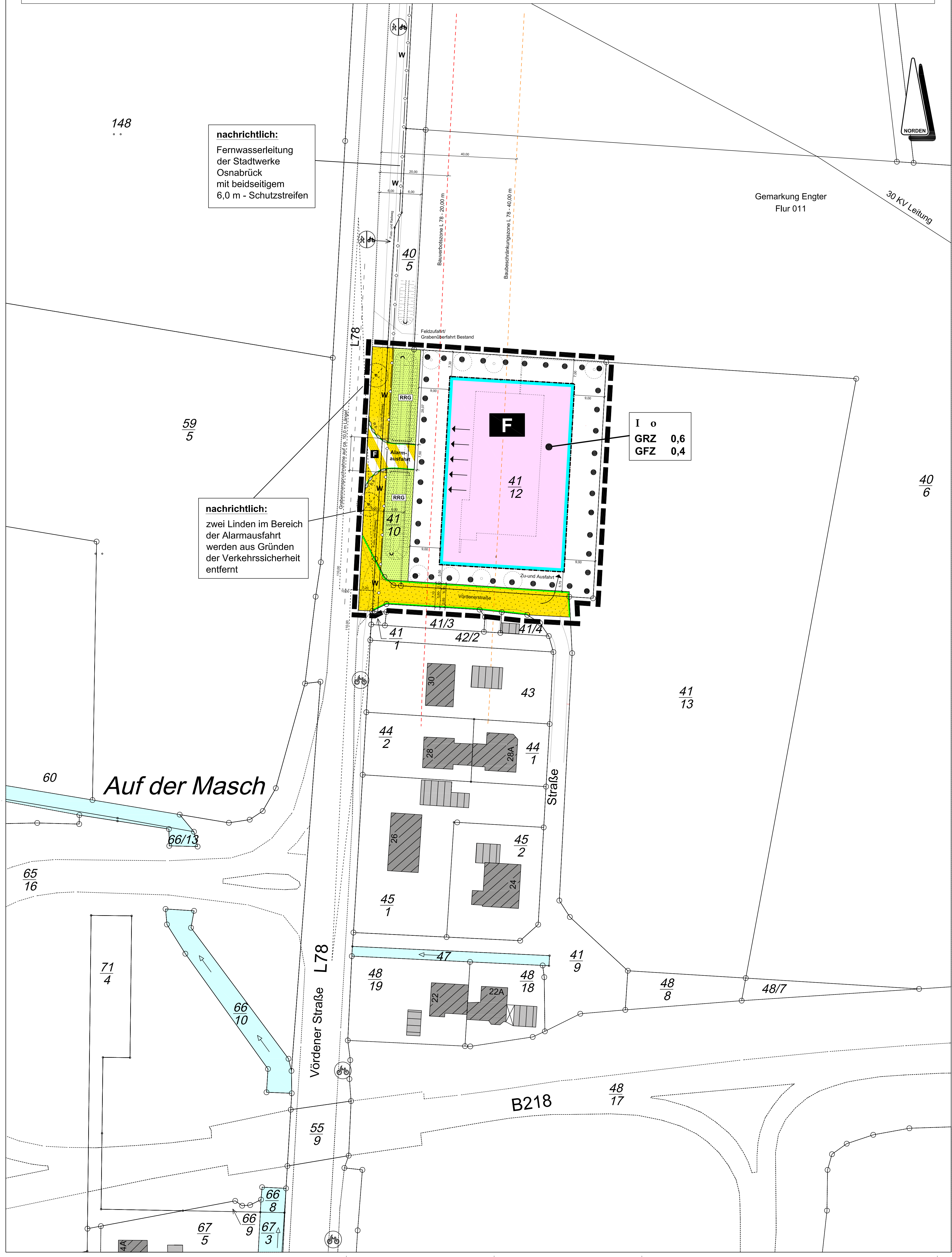




Stadt Bramsche - Bebauungsplan Nr. 161 " Bachwiesen "

(Neubau des Feuerwehrgerätehauses der freiwilligen Feuerwehr Engter)



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenerklärung 1990 (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I. S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I. S. 1509) und der Bauzeichnungsverordnung, d. F., der Bauzeichnungsverordnung v. 23.01.1960, die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.08.2015 (BGBl. I. S. 1548) geändert worden ist, in den jeweils aktuell gültigen Fassungen.

Bestandangaben

	Flurstücks- bzw. Eigentumsgränze mit Grenzmal		Wohngebäude mit Hausnummer
	Flurstücksnummer		Wirtschaftsgebäude, Garagen und sonstige Nebengebäude

Im Übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbliche Karten und Pläne verwiesen.

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, § 23 Abs. 1 BauNVO)

	Fläche für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)
	überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 Abs. 1 BauNVO) innerhalb der Baugrenze
	nicht überbaubare Grundstücksfläche (alle Grundstücksflächen außerhalb der Baugrenze)

Einrichtung

	Feuerwehr (Feuerwehrgerätehaus / Standort der freiwilligen Feuerwehr Engter)
--	--

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16, 19 und 20 BauNVO)

I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 16 Abs. 2 BauNVO)
GRZ 0,6	Grundflächenzahl (§ 16 Abs. 2 und § 19 BauNVO)
GFZ 0,4	Geschossflächenzahl (§ 16 Abs. 2 und § 20 BauNVO)

Bauweise, Bautypen, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 u. 23 BauNVO)

	offene Bauweise (§ 22 Abs. 1 und Abs. 2 BauNVO)
	Baugrenze (§ 23 Abs. 1 und Abs. 3 BauNVO)

Öffentliche Verkehrsfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

	Straßenverkehrsfläche
	Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
F	Zweckbestimmung
	Alarmausfahrt des Feuerwehrgerätehauses
	Abgrenzung unterschiedlicher Verkehrsflächen; insbesondere Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
	Straßenbegrenzungslinie, auch gegenüber Straßenverkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

	Öffentliche Grünfläche
	Zweckbestimmung
	Regenrückhaltungsrain

Weitere Festsetzungen

	Sichtdreiecke 110/10 m
--	------------------------

Sonstige Darstellungen (nachrichtlich, keine Festsetzungen)

	Fernwasserleitung der Stadtwerke Osnabrück mit Schutzstreifen
	Bemallungsbegrenzung
	Linde (Straßenbaum) wird entfernt
	Grabenprofil mit Durchlass
	Fahrbahn, Fuß- und Radweggrinder
	kombinierter Fuß- und Radweg Bestand

Textliche Festsetzungen

1. Zulässigkeit von untergeordneten Einrichtungen und Nebenanlagen des § 14 Abs. 1 BauNVO auf den nicht überbaubaren Flächen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 v. m. § 23 Abs. 5 BauNVO)

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Einrichtungen und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO in Verbindung mit § 23 Abs. 5 BauNVO zulässig, wenn sie dem Nutzungszweck der Einrichtung (Feuerwehr) selbst dienen und der Eigenart der Einrichtung nicht widersprechen.

2. Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (§ 14 Abs. 3 BauNVO)

Baulich untergeordnete Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie in, an oder auf Dach- und Außenwandflächen des Feuerwehrgerätehauses oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen innerhalb des Gebäudes sind generell zulässig. Sie gelten auch dann als Anlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 der BauNVO, wenn die erzeugte Energie vollständig oder überwiegend in das öffentliche Netz eingespeist wird.

3. Niederschlagswasser von Dach, Verkehrsflächen und Stellplätzen

Die Höhen- und Entwässerungsplanung der Verkehrsflächen und Stellplätze ist so auszulegen, dass kein Niederschlagswasser unkontrolliert in die direkt angrenzenden Flächen (landwirtschaftliche Nutzflächen/Regenrückhaltungsrain) überfließen kann. Bei der Rückhaltung und der vorbestimmten gebäudenahen Einleitung des Niederschlagswassers in das Straßengewässer muss sichergestellt sein, dass keine punktförmig gefärdenden und -belastenden Stoffe (Öle, Fette, Chemikalien, Farbstoffe, Rückstände von Reinigungsmitteln, Nitrate u.a.) in den Untergrund gelangen können.

4. Einfriedung und Automattor

Das unmittelbare an der Landesstraße 78 angrenzende Grundstück für das Feuerwehrgerätehaus ist entlang der Straßengrenze - in diesem Fall auf der Ostseite des Regenrückhaltungsrain - mit einer festen höckerlosen Einfriedung zu versehen und in diesem Zustand dauerhaft zu unterhalten (§ 24 NSG in Verbindung mit Nr. 2 der Zufahrtentwürfen und § 16 NBauO).

5. Alarmausfahrt

Die Alarmausfahrt ist mit einem Automattor zu versehen, welches nur im Einzelfall geöffnet und nach der Ausfahrt der Feuerwehrfahrzeuge sofort wieder geschlossen wird.

6. Zuordnungsfestsetzung für Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich von Kompensationsdefiziten gemäß § 9 Abs. 1a BauGB und § 1a Abs. 3 BauGB

Für die im Bebauungsplan festgesetzte Baulfläche und die erforderlichen Erschließungsflächen (Alarmausfahrt Vördener Straße - L 78 und Verbleibende PKW-Zufahrt Vördener Straße - Einzelfriedung), die die Bebauung von bisher baulich unbeeinträchtigten Freiflächen ermöglichen, wurde gemäß der vorliegenden Bilanzierung ein Kompensationsdefizit von 2.927,40 WE (Wertseinheiten) ermittelt.

7. Zulässige Überschreitung der GRZ für im § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO genannte bauliche Anlagen, die auf die festgesetzte GRZ von 0,6 anzurechnen sind (§ 19 Abs. 4 Satz 2 und Satz 3 BauNVO)

Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO darf im Regelfall die zulässige GRZ von 0,6 durch Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie bauliche Anlagen innerhalb der Gebäudemasse, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, bis zu 50 vom Hundert überschritten werden. Höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 (Kapazitätsgrenze); weitere Überschreitungen in geringfügigem Ausmaß können zugelassen werden.

8. Kompensation des Defizits erfolgt extern durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen des Vernetzungsprojektes "SpektEngter" der Stadt Bramsche und dem in der Gemarkung Engter selbst (§ 1a Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB). Gemäß der vorliegenden Flächenpotenzialanalyse handelt es sich um die Maßnahmennummern 365, 322, 333, 336 und 353 (Anlage von Bäumen und einer Strauchhecke), die eine Aufwertung von zusammen 2.927,40 WE ergeben. Der Eingriff wird dadurch vollständig ausgeglichen (vgl. hierzu auch die Ausführungen in der Begründung und dem Umweltbericht).

9. Aufgrund der nutzungsspezifischen Anforderungen des Feuerwehrgerätehauses an das Grundstück wird abweichend hiervon § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO zur Anwendung gebracht und die zulässige GRZ für die vorstehend aufgeführten baulichen Anlagen auf eine GRZ von 0,8 (Kapazitätsgrenze) erhöht. Die erhöhte Kapazitätsgrenze erleichtert die erforderliche Bebauung zur zweckentsprechenden Grundstücksnutzung als Feuerwehrgerätehaus und ermöglicht die Realisierung der erforderlichen Stellplätze für die Einsatzkräfte der freiwilligen Feuerwehr Engter.

Hinweise

A) Vernehmliche Immissionen

Das Plangebiet wird von der B 218 im Süden und der L 78 - Vördener Straße - westlich direkt anschließend beeinflusst. Von den genannten Verkehrsflächen gehen Immissionen aus. Für die in Kenntnis dieser Verkehrsflächen errichteten Anlagen können gegenüber dem Baulastgeber der Straßen keine erheblichen Erschließungssprünge hinsichtlich eines weitergehenden Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

B) Landwirtschaftliche Immissionen

Das Plangebiet grenzt direkt an landwirtschaftliche Nutzflächen. Zeitweise auftretende Immissionen aus der ordnungsgemäßen Landwirtschaft (z.B. ordnungsgemäße Gießelndüngung) sind daher der Vorbelastung hinzurechnen.

C) Versorgungsleitungen

Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen. Für die in der Planzeichnung eingezeichnete Fernwasserleitung mit beidseitigen 6,0 m - Schutzstreifen (Wasseransammlung der Stadtwerke Osnabrück) gilt: Auf vorhandenen unterirdischen Versorgungsleitungen besteht ein generelles Bauverbot sowie ein Verbot der Befahrung mit Blumen und Sträuchern, jegliche Bau- und Befahrungsvorhaben - hier insbesondere die Anlage der Alarmausfahrt der Feuerwehr - bedürfen der vorherigen Zustimmung des Versorgungsleiters.

D) Bauverbotszone

Im Abstand von 20,0 m vom befestigten Fahrbahnrand der L 78 dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt Werbeanlagen im Blickfeld der Straße nicht errichtet werden (§ 24 Abs. 1 Niedersächsisches Straßengesetz (NSG)).

E) Baubeschränkungszone

In einem Abstand von 20,0 - 40,0 m vom befestigten Fahrbahnrand der L 78 bedarf die Baugenehmigung für die Errichtung von Werbeanlagen der vorherigen Zustimmung der Straßenbaubehörde (§ 24 Abs. 2 Niedersächsisches Straßengesetz (NSG)). Das Bauvorhaben des Feuerwehrgerätehauses liegt zur Hälfte innerhalb der Baubeschränkungszone und bedarf daher ebenfalls der vorherigen Zustimmung der Straßenbaubehörde.

F) Archaische und paläontologische Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten un- oder fängsarchaische Bodenfunde (das können u.a. sehr Tongefäßscherben, Holzblechsammlungen, Schackeln sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinwerkzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht oder Denkmale der Erdgeschichte (hier: Überreste oder Spuren z.B. Vertiefungen, die Aufschluss über die Entwicklung tierischer oder pflanzlicher Lebens in vergangenen Erdperioden oder die Entwicklung der Erde geben) freigelegt werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDMSG) meldungspflichtig und müssen der Denkmalbehörde des Landes Osnabrück (Stadt- und Kreisarchäologie im Osnabrücker Land, Lotter Straße 2, 49078 Osnabrück, Tel. 0541/323-2277 oder -4433) unverzüglich gemeldet werden.

G) Bodenschutz

Sollten bei Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen (z.B. durch geruchliche und/oder visuelle Auffälligkeiten) oder Anhaltspunkte erhalten werden, sind die Arbeiten vorläufig einzustellen und der Landes Osnabrück - Fachbereich Wasser und Bodenschutz - ist hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

H) Kampfmittelbeseitigung

Sollten bei Erd- und Bauarbeiten / Eingriffen in den Untergrund der Verdacht auf Kampfmittel (z.B. Munition, Granaten, Panzerfäuste,minen etc.) aufkommen, sind die Arbeiten sofort einzustellen und ist die zuständige nächstgelegene Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN, Regionaldirektion Hannover (Telefon: 0511 106-300) umgehend zu informieren.

I) Artenschutz

Zur Vermeidung des Tötungsverbotes Europäischer Vogelarten nach § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG darf die Baulastung (Beseitigung der Vegetationsstrukturen, Abschieben von vegetationsbedecktem Oberboden bzw. erste Inanspruchnahme des Bodens) nur außerhalb der Brutzeiten der Vögel und somit zwischen Anfang August und Anfang März erfolgen.

J) Landschafts- und standortgerechte Begrünung

Gemäß dem Bauentwurf für den neuen Standort des Feuerwehrgerätehauses sind einflussreiche Grünflächen sowie auch Baumstandorte vorgesehen. Da die Stadt Bramsche selbst Bauherr ist, kann sie sicherstellen, dass die Grünflächen landschafts- und standortgerecht angelegt werden.

Auswahl für eine landschafts- und standortgerechte Begrünung

mittelhohes Bäume (z.B. mit Stammdurchmesser 12-14 cm bis 16-18 cm je nach Art):

Sorbus aucuparia	Gewöhnliche Eberesche / Vogeleibbaum
Cardinus balticus	Haibuche / Weißbuche
Prunus avium	Vogel-Kirsche

Sträucher:

Cornus sanguinea	Gemeiner Hartweige
Cornus mas	Kornelkirsche / Hartriegel
Cornus avellana	Walnuss / Haselnuss
Crataegus monogyna	Eingefügter Weiß-Dorn
Sambucus nigra	Schwarze Holunder
Eucalyptus europaeus	Pfeifenblume
Viburnum opulus	Gewöhnlicher Schneeball
Silene acaulis	Gras-Weide / Asch-Weide
Salix caprea	Salix-Weide
Salix purpurea	Purpur-Weide / Korb-Weide

Boden-decker:

Vincetoxicum	Kiefernblättriges Immergrün
Galium odoratum	Waldmeister / Wohlriechendes Labkraut
Asarum europaeum	Asarum (Sbaum)
Lamium galeobdolon	Goldnessel (Stauden)
Sedum spec. (in Sorten)	Fetthenne (Stauden)

Hecken:

Carduus balticus	Haibuche
Fagus sylvatica	Rothbuche
Ligustrum vulgare	Gemeiner Liguster / Rainweide

K) Sichtdreiecke

Die Flächen der Sichtdreiecke dürfen in mehr als 80 cm Höhe über dem Oberkanten der angrenzenden Fahrbahnen in der Sicht nicht versperrt werden (§ 9 Abs. 1 BauGB / § 31 Abs. 2 NSG).

L) Flurbereinigung

Die Flurstücke 41/10 und 41/12, Flur 11, Engter befinden sich im Flurbereinigungsgebiet Engter. In der Flurbereinigung wurde der betroffene Bereich nicht neu vermessen. Die Flurstücksbezeichnungen wurden nicht geändert, gleiches gilt für das Eigentum.

M) Schallschutzbauweise

Die Schallschutzbauweise kommt zu dem Ergebnis, dass sich für den Bebauungsplan keine Festsetzungen zum Lärmschutz ergeben haben.

N) Vorschriften

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Durchführungsverordnungen, Erlasse, Arbeitsblätter), insbesondere die in der Planzeichnung und der Begründung in Bezug genommene DIN-Vorschriften sowie die bezüglich der Planung vorliegenden Gütezeichen (Schallschutzbauweise, Baugrundgutachten), liegen im Rathaus der Stadt Bramsche vollständig vor und können dort im Fachbereich 4 - Stadtentwicklung, Bau und Umwelt - Haselstraße 11, 49065 Bramsche während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen des Bebauungsplanes

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I. S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I. S. 1722) geändert worden ist, in der aktuell gültigen Fassung;
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I. S. 132), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.08.2015 (BGBl. I. S. 1548) geändert worden ist, in der aktuell gültigen Fassung;
- Niedersächsisches Baugrunderwerbsteuergesetz (NBauG) in der Fassung vom 03. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.07.2014 (Nds. GVBl. S. 206) geändert worden ist, in der aktuell gültigen Fassung;
- Verordnung über die Ausarbeitung der Baugrunderwerbsteuerverordnungen und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I. S. 58), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I. S. 1509) geändert worden ist, in der aktuell gültigen Fassung;
- Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226), in der aktuell gültigen Fassung;

Planunterlagen

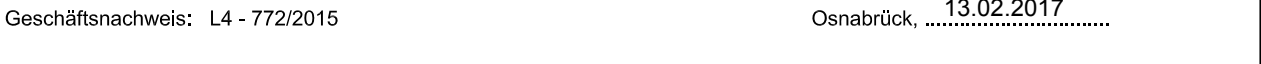
Kartengrundlage:	Liegenschaftskarte Gemarkung Engter, Flur 11
Maßstab:	1 : 500
Quelle:	Auszug aus dem Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltungen
Herausgeber:	Landkreis für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Osnabrück-Mappen

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die tatsächlich bestehende baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 17.02.2017).

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Überlagerung der neu zu bildenden Grenzen in der Ortskarte ist einwandfrei möglich.

Geschäftszeichen: 14 - 772015 Osnabrück, 13.02.2017



Landkreis für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen
Regionaldirektion Osnabrück-Mappen
Katasteramt Osnabrück

Die Ausarbeitung dieses Bebauungsplanes erfolgte durch das:

Planungsbüro
Bauass, Dipl.-Ing. Peter Wallstein
Bauassens Büro: Dipl.-Ing. Bauassens

40240 Dülmen, Telefon: 052 21 94 92 21 und 97 79 81
Telefax: 052 21 94 92 21 und 97 79 81
Mobilfunk: 0176 / 983 79 391
Email-Adresse: peter.wallstein@bauass-dulmen.de

Bearbeitung:
Bauass, Dipl.-Ing. Peter Wallstein
Dülmen, den 19. Dezember 2016

(Bauass, Dipl.-Ing. Peter Wallstein)

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I. S. 1722) und der § 10 des § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, hat der Rat der Stadt Bramsche den Bebauungsplan Nr. 161 "Bachwiesen", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Bramsche, den 21.12.2016

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister (Siegel)

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 04.02.2016 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 161 "Bachwiesen" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 24.03.2016 öffentlich bekannt gemacht worden.

Bramsche, den 21.12.2016

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde im Zeitraum vom 07.04.2016 bis einschließlich dem 05.05.2016 sowie in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung am 06.04.2016 durchgeführt. Ort und Dauer der öffentlichen Beteiligung sowie der Termin und Ort der Bürgerinformationsveranstaltung wurden am 24.03.2016 öffentlich bekannt gemacht.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 09.05.2016 über die Planung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zu einer Stellungnahme bis einschließlich dem 11.06.2016 aufgefordert worden.

Bramsche, den 21.12.2016

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 27.10.2016 dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 161 "Bachwiesen" und der Begründung einschließlich dem Umweltbericht zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 29.10.2016 öffentlich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 161 "Bachwiesen" und der Begründung einschließlich dem Umweltbericht haben vom 07.11.2016 bis einschließlich dem 07.12.2016 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Bramsche, den 21.12.2016

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Bramsche hat den Bebauungsplan Nr. 161 "Bachwiesen" nach Prüfung der Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 20.12.2016 als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die Begründung einschließlich des Umweltberichts als gesonderten Teil der Begründung beschlossen.

Bramsche, den 21.12.2016

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Beschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 15.02.2017 im Amtsblatt Nr. 3 für den Landkreis Osnabrück bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 15.02.2017 rechtsverbindlich geworden.

Bramsche, den 17.02.2017

gez. Pahlmann
Der Bürgermeister

Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung

Innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind beschriebene Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und/oder eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beschriebene Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschriebene Mängel - nicht - geltend gemacht worden.

Bramsche, den

Der Bürgermeister

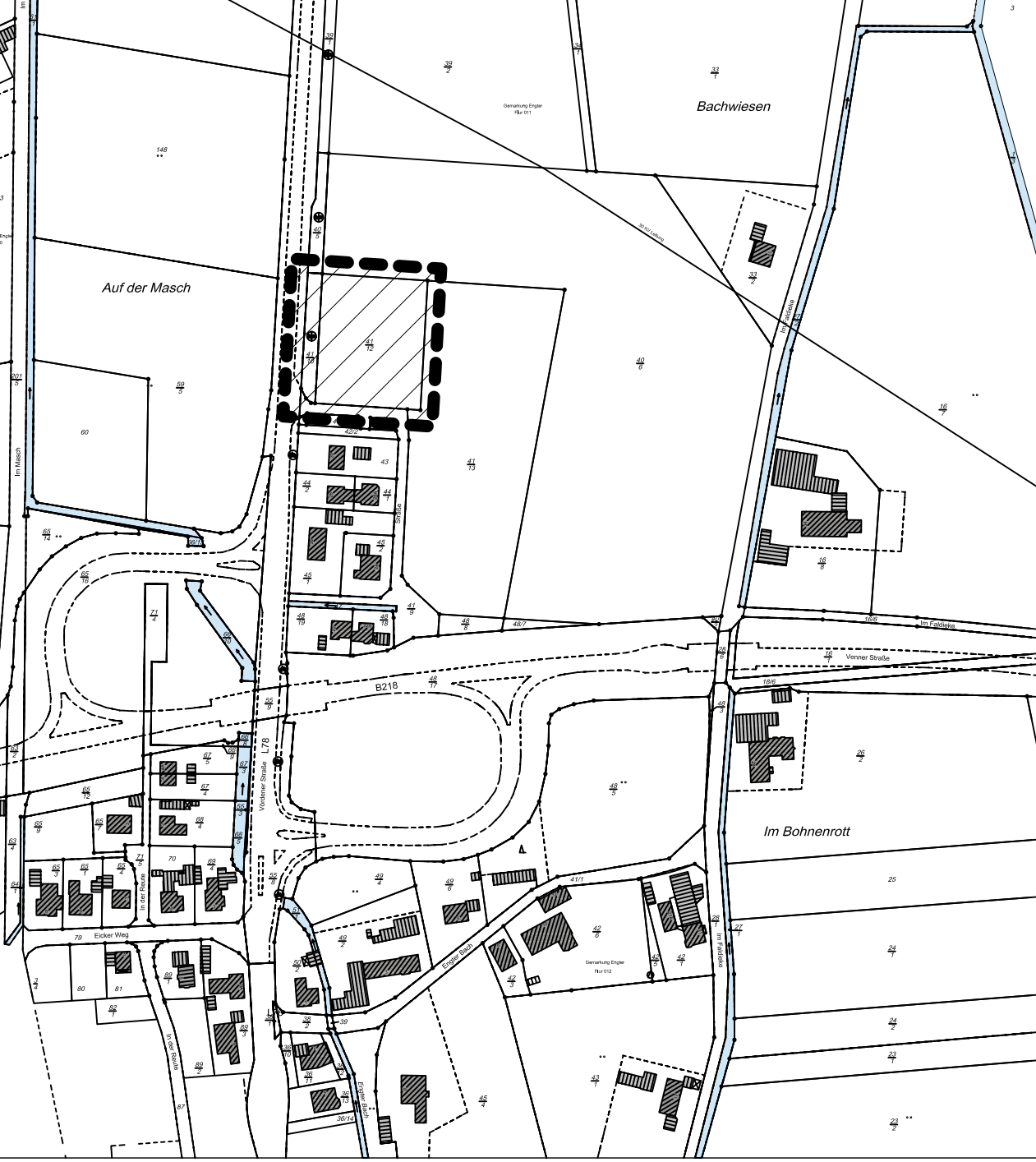
Begründung

Diese Aufzählung des Bebauungsplanes stimmt mit der Umschrift überein.

Bramsche, den

Der Bürgermeister

Abschrift



Übersichtsplan (ohne Maßstab) Lage im Stadtgebiet

Satzung der Stadt Bramsche

Landkreis Osnabrück

Bebauungsplan Nr. 161 " Bachwiesen "

Maßstab: 1 : 500